

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917**

6.6.1917 (No. 152)



Die Großherzoglichen Staatskassen vergüten für geänderte Schuldverschreibungen, die erst nach Ablauf von 6 Monaten nach dem Heimzahlungszeitpunkt zur Einlösung gelangen, Hinterlegungsinsen in Höhe von 2 v. H. aus dem Nennwert von 300 M. — Prämienbeträge bleiben unberücksichtigt. Bei der Zinsberechnung bleiben die ersten 6 Monate vom Heimzahlungszeitpunkt an außer Betracht, während der Monat, in dem die Einlösung erfolgt, voll gerechnet wird.

Der Empfang der Zinsen ist vom Inhaber des Papiers auf besonderem Blatte zu bescheinigen.

Karlsruhe den 1. Juni 1917.

Großh. Bad. Staatsschuldenverwaltung.

J. B.

Dr. Kaiser.

#### Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betreffend.

Wir bringen nachstehende Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 1. Juni 1917.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Pfisterer.

Kochler.

#### Bekanntmachung.

Als Radbauart, bei deren Verwendung gemäß Ziffer 1 der Bekanntmachung, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen, vom 18. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1408) für Personenkraftfahrzeuge Befreiung von der Vorschrift der elastischen Verriegelung gewährt werden darf, ist außer dem in der Bekanntmachung vom 24. April 1917 (Reichsanzeiger Nr. 99) aufgeführten Radbauarten ferner diejenige der Firma V. Hossen in Berlin-Galersee, Georg-Wilhelmstraße 12, bis auf weiteres zugelassen worden.

Beschreibung des Rades: Die Radfelge wird gegen einen äußeren starren Laufring durch Blattfedern nach Art von Kutschfedern, zu je vier in zwei verschiedenen Ebenen tangential angeordnet, allseitig elastisch abgestützt.

Berlin, den 22. Mai 1917.

Der Reichskanzler:

Im Auftrage: Dammann.

#### Gestorben:

am 28. Mai d. J.: Jacob, Hermann, Geh. Regierungsrat, Kollegialmitglied beim Großh. Verwaltungshof in Karlsruhe.

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 5. Juni.

#### \* Vom Tage.

Wir haben in unserem letzten Aufsatz an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß England trotz aller scheinbaren Zugeständnisse an die neue russische Regierung fest entschlossen ist, den Krieg mit aller Energie fortzusetzen. Sah es eine Zeit lang so aus, als ob sich auf die russische Anregung hin wenigstens eine offene und ehrliche Aussprache über die Friedensfrage entzünden könnte, so hat sich seitdem das Bild gründlich geändert. Dem Beispiele Englands sind die anderen Staaten der Entente gefolgt. An ihrer Spitze Frankreich und sein über Nacht zum Heißsporn und Kriegshäher gewordener Ministerpräsident. Die Abneigung gegen eine Erörterung des Friedens hat sich vor allem darin geäußert, daß die Regierungen sowohl von Nordamerika, wie von England und Frankreich ihren Sozialisten die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz verweigerten. In Frankreich wurde dieser Entschluß vom Ministerpräsidenten selbst in einer Sitzung der Kammer mitgeteilt, und zwar zur größten Überraschung der Sozialisten, die bestimmt mit der Vergabe von Rüssen gerechnet hatten. Ribot erklärte zur Begründung seiner ablehnenden Stellungnahme, daß man vermuten werde, eine Partei, also die sozialistische, wähe sich an, für die französische Regierung und das ganze Volk zu handeln. Der kommende Friede könne aber nicht der Friede einer Partei sein.

Wir müssen gestehen, daß die Begründung, die Ribot gibt, sehr nach Angstlichkeit aussieht. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß die Stockholmer Konferenz nur den Charakter einer Unterhaltung haben wird, einer Unterhaltung, über deren Nützlichkeit die Meinungen geteilt sind. Jrgend einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Friedensprogramme wird und kann sie nicht ausüben. Nur eins könnte sie bei einiger Einmütigkeit ihrer Vertreter herbeiführen: nämlich einen gewissen moralischen Zwang auf die eroberungslüsternten Ententeregierungen, einen Zwang, der sie veranlassen müßte, dem Gedanken des Friedens ihr Ohr zu leihen. Die Möglichkeit, daß die Stockholmer Konferenz für die Idee eines gerechten Friedens wirkt, ist ja nicht ganz von der Hand zu weisen. Und diese Möglichkeit fürchtet die Entente. Mit einem Aufwand von Heftigkeit und Erregung, den man bisher bei Ribot nicht gewohnt war, hat er in der Kammer runderaus erklärt, der Friede könne nur ein französischer sein. Und weiter hat er mit erhobener Stimme verkündet, der Friede dürfe nur eine Frucht des Sieges sein. Man sieht, wo die Fahrt hinführen soll. Von einer, wenn auch nur bedingten Zustimmung zur russischen Friedensformel hören wir nichts mehr. Frankreich will den völligen Sieg und gedenkt dann, dem besiegten Gegner den Frieden zu diktieren. Denn nur ein solcher Friede würde ein französischer Friede im Sinne des Herrn Ribot sein.

Daß England hinter der neuen Politik der französischen Regierung steht, ist für uns außer allem Zweifel. Aber noch ein anderer, zur Zeit noch Gewaltigerer, hat seine

Hand dabei im Spiele. Es ist Wilson. Mit edler Offenherzigkeit hat Ribot selbst dies indirekt zugegeben, indem er die Kammer fragte, was man wohl in den Vereinigten Staaten zur Reise der französischen Sozialisten nach Stockholm sagen würde, jetzt, wo man sich drüben anschaue, Frankreich eine so wertvolle Hilfe zu leisten. Bekanntlich war Wilson der erste, der den Sozialisten seines Landes die Teilnahme an der Konferenz untersagte. Seine Wünsche und Befehle sind es, die zurzeit die Entente beherrschen. Denn nur mit Amerikas Hilfe glaubt sie sich noch weiter behaupten zu können. Wilson war es denn wahrscheinlich auch, der in Rußland einen merkwürdigen Umschwung hervorgebracht hat. Betrachtet man sich heute nüchternen Sinnes das Tun und Treiben Kerenskys, so muß man sagen, daß es mit dem feierlich verkündeten Programm der neuen Regierung „Baldiger allgemeiner Friede ohne Annexionen und Entschädigungen“ einfach unvereinbar ist. Kerensky und mit ihm die russischen Generale wünschen eine neue Offensive, und sicherlich geschieht alles zurzeit in Rußland Mögliche, um diese neue Offensive leidlich vorzubereiten. Die Frage, warum sie unternommen werden soll, wird der schwer beantwortet werden können, der die Kundgebungen der neuen russischen Regierung und die wahrhaft friedlichen Antworten der deutschen und österreichischen Regierungen gelesen hat. Nach diesen Erklärungen liegt zu einer neuen Offensive gewiß kein Anlaß vor. Also bleibt nur die Annahme, daß ein gewaltsamer Druck von außen es war, der die neue Regierung zwang, den Angriffskrieg wieder aufzunehmen. Woher dieser Druck kam, ist uns schwer zu erraten. Nordamerika und England, Wilson und Lloyd George, sind es, die ihn ausüben. Und ihnen hat sich Rußlands Regierung gefügt. Kerensky ist die Nachgiebigkeit wohl besonders leicht geworden, da sein Ehrgeiz offenbar von den Lorbeerfräuzen glorreicher Siege träumt, und da sein von Sachkenntnissen ungetriebener Sinn das als bereits errungen ansieht, was er zu erringen wünscht, nämlich die Reorganisation des Heeres und die mit diesem Heere erfochtenen Offensivziele. Die russische Regierung steht vor einer verhängnisvollen Wendung ihrer Geschichte. Die Zustände sind nach den neuesten, übereinstimmenden Nachrichten aus Rußland derart, daß sie alle Ursache hätte, den Frieden zu suchen und des Reiches Ordnung zu befestigen, statt neue Offensiven zu entfesseln. Sehr richtig schreibt Oberst Egli in den „Basler Nachrichten“ nach einer Schilderung der Desorganisation im russischen Heere: „Solche Zustände können natürlich in einer Armee nicht unendlich dauern: entweder kommt die feste Hand, welche die Kraft hat, nicht nur Ordnung zu schaffen, sondern das Heer zum Angriff fortzureißen und zu siegen, oder es kommt der Zusammenbruch. Wer jetzt die Massen zum Sturm fortzureißen sucht, spielt ein gewagtes Spiel. Eine Niederlage im Angriff würde einen Rückschlag im Innern nach der einen oder andern Seite nach sich ziehen.“ Daß es fast unmöglich sein dürfte, das russische Heer wirklich zu reorganisieren, gestehen übrigens auch englische Blätter ein. Schrieb doch „Daily Mail“ dieser Tage: „Jede Revolution bedeutet Zerschlagung, und bei aller Bewunderung für Kerensky wäre es ein Wunder, wenn die russische Armee bereits in diesem Sommer wieder schlagfertig werden würde.“

Alle diese Aukerungen werden uns natürlich nicht in Sicherheit wiegen. Daß eine Offensive auch von russischer Seite zu erwarten ist, steht wohl außer aller Frage. Es kommt nur darauf an, ob sie gründlich vorbereitet ist, und ob sie mit brauchbaren Truppen unternommen wird. Im übrigen soll sie ja nicht nur ein Sonderunternehmen darstellen, sondern ein Teil der von der Entente für die nächste Zeit geplanten Generaloffensive sein. Die Entente hofft allem Anschein nach, noch in diesem Sommer, vielleicht schon in den kommenden Wochen, an allen Fronten angreifen zu können. Engländer und Franzosen sollen an der Westfront, die Italiener am Isonzo, Sarail in Makedonien und Alexejew an der Ostfront losziehen. Gleichzeitig soll — so heißt es wenigstens — die englische Flotte einen kühnen Vorstoß wagen und die Landoperationen durch einen Angriff auf die skandinavische und deutsche Küste unterstützen. Unsere Feinde haben viel vor und haben es sehr eilig. Sie werden wissen, warum. Die Zeit ist ihnen nicht günstig. Wenn sie überhaupt noch siegen wollen, so müssen sie rasch siegen. Denn mit jedem Hunderttausend Tonnen, das unsere U-Boote versenken, versinkt auch ein Stück ihrer Siegeshoffnung. Daß wir dem neuen Ansturm mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen können, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Wir wissen, daß auch die sogenannte Generaloffensive der Entente erfolglos bleiben wird. A.

#### Grundfragen zum Frieden.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Nach den langen Kriegsjahren und den schweren Opfern tritt die Sehnsucht nach Frieden hervor. In vielen Kreisen unseres Volkes verbindet sich damit eine falsche Hoffnung. Man glaubt, daß alle Schwierigkeiten des Verkehrs und der Volksernährung mit Eintritt des Friedens sofort behoben sind. Die einfachste Überlegung läßt erkennen, daß dies unmöglich ist. Die Lebensmittelnappheit hält die Gemüter am meisten und unmittelbar befangen. Man fragt sich nicht, woher der Zuwachs an Lebensmitteln bei Friedensschluß plötzlich kommen soll. Alle Völker leiden an dem Mangel an Nahrungsmitteln, manche unter ihnen sogar viel empfindlicher als wir. Von außen ist daher keine höhere Einfuhr zu erwarten, als sie jetzt schon erfolgt. Wir bleiben also auf die eigenen Erträge angewiesen. Sie können erst zunehmender

mit der neuen Ernte. Aber auch dann tritt noch keine gründliche Änderung ein. Wir müssen weiter haushalten, um durchzuhalten. Erst wenn nach Eintritt des Friedens eine geordnete Bekämpfung mit allen Hilfsmitteln der Landwirtschaft wieder möglich ist, kann auf eine gründliche Linderung der Lage gehofft werden. Das alles könnte sich ein jeder selbst sagen. Aber der Hunger beeinflusst die Menschen am stärksten. Daher hören sie gern auf die trügerischen Stimmen, die ihnen einzureden suchen, daß alle Not und Sorge mit dem Frieden ein Ende hat. Dies führt zu dem Wunsch nach Frieden um jeden Preis.

Deutschland hat neben unerschöpflichen Menschenkräften große Werte an Geld und Gut aufgewendet. Dafür muß es Ersatz fordern, da es den Krieg nicht gewollt hat. Trotzdem mußte er kommen. Deutschland war ein gefährlicher Wettbewerber auf dem Weltmarkt geworden. Das sollte nicht gebudet werden. Wenn jetzt unsere Feinde als Ziel ihres Ringens die Vernichtung der Monarchie und des Militarismus hinstellen, so handeln sie von ihrem Standpunkt aus ganz folgerichtig. Sie wissen, was manchem Deutschen leider nicht mehr bewußt ist, daß diese beiden Kräfte die Grundlagen für die Größe des Deutschen Reiches sind. Daher müssen sie ihre Vernichtung erstreben. Dabei greifen sie krupellos zu allen Mitteln. Sie suchen in Deutschland Zwietracht zu säen. Den urteilslosen Keilen des Volkes wollen sie einreden, daß Monarchie und Militarismus die wahren Feinde der eigenen Freiheit seien. Es ist bedauerlich, daß mancher Deutsche ihnen dabei unbewußt Handlangerdienste verrichtet. Verschwommene Träume von Freiheit verdunkeln die Erkenntnis der feindlichen Mächtschaften. Während die Gegner des Militarismus bei uns vernichten möchten, sind sie bemüht, ihn bei sich selbst aufzurichten. Das sollte einen jeden zum Nachdenken veranlassen.

Ebenso unklare Vorstellungen führen zu der Forderung eines Friedens ohne Entschädigung. Man glaubt den Feind veröhnlich zu stimmen, und den Anlaß zu künftigen Kriegen fortzuräumen. Manch einer, der solchen Glaubens ist, mag ein guter Mensch sein, aber sicher ist er kein Mensch und Geschichtskenner. Es ist ein unsägliches Gedankes, daß erbitterte Gegner mit allen Mitteln der Vernichtung sich bekämpfen, töten und verderben, um als einziges Ziel zu dem Ergebnis zu kommen, „nun wollen wir alles vergessen, uns die Hände reichen, und alles ist wieder gut“. Zu solcher Versteigerung kann nur ein weltfremder Deutscher kommen. Da sehe man Franzosen und Engländer an! Wir übergeben die unsinnigen Forderungen der feindlichen Tagesstimmen und führen nur den ernsthafte Bericht des deputierten Dunsenil über das Einkommensteuergesetz an. Er sagt, man müßte Deutschland einen Teil der Lasten auferlegen. Kompensationen in Form der Abtretung der Bergwerke des Saargebietes und der Kontrolle über die Zölle, Eisenbahnen, Erz- und Kohlengruben und andere nationale Domänen des Feindes seien nötig, um ein Pfand für die jährlichen Schuldbzahlungen in der Hand zu haben. Auch seien alle fortgenommenen Geräte, Maschinen, Stoffe und Waren zurückzuführen, und die Handelsschiffe auszuliefern. — Alle Deutschen, vom Arbeiter bis zum Millionär, mögen sich einmal klar machen, was dabei für sie übrig bleibt. Eine ganz andere Not, als die jetzt beklagte, würde eintreten und noch von Kindern und Kindeskindern zu tragen sein. Sie müßten ihren Vätern fluchen wegen der Kurzsichtigkeit und Schwachheit zu einer Zeit, wo Deutschland neue Bahnen zu künftiger Entwicklung und Größe offen standen. — In England und auch in Amerika macht sich neben den eigenmütigen Bestrebungen noch ein merkwürdiger Unterstrom geltend, der in dem unchristlichen Frankreich aus erklärlichen Gründen nicht mitleidet. Die Staatsleiter haben es dort verstanden, in weiten Kreisen die Vorstellung zu erwecken, als sei die Vernichtung Deutschlands ein gottgewolltes Werk und bedeute den Sieg des wahren Christentum. Eine wahre Karikatur, wenn man die Erreger dieser Bewegung und ihre Stellung zum Christentum ansieht.

Es ist eine falsche Vorstellung, daß Deutschlands Entlagen die Feinde veröhnlich könnte. Die Gründe der Gegensätze bleiben bestehen. Was hat die schonende Behandlung Frankreichs nach Abschluß der Napoleonischen Zeit genützt? Seine Mache hat es nicht vergessen und bei gegebener Gelegenheit gefühlt. Von den alten Gegnern hat es sich an den Rufen in der Krim, an den Österreichern in Italien gerächt. Bei Preußen-Deutschland ging die Sache 70/71 schief. Daher steht sie jetzt wieder auf dem Programm. Wir müßten Narren sein, zu glauben, daß wir durch Nachgiebigkeit Feindschaft in Freundschaft wandeln könnten. Das widerspricht jeder geschichtlichen Wahrheit. Nur der eigene Vorteil und die Notwendigkeit leitet die Völker. Aber viele Deutsche wollen dies nicht begreifen. Jetzt ist die Stunde, wo Deutschland für sich sorgen kann und muß, um neue Lebensbedingungen zu schaffen, daher kein Friede ohne Entschädigung! Gewiß hängt die Feststellung unserer Forderungen letzten Endes vom Ausgang der Waffenentscheidung und von der politischen Gesamtlage ab. Aber die einseitige Forderung nach einem Frieden ohne Entgelt greift ihnen vor. Deshalb ist auch das eine Täuschung, daß die Forderung von Kriegsschädigungen den Krieg verlängert und ein Verzicht ihn abkürzt. In dem Maße wie unsere Forderungen abnehmen, wachsen die der Feinde und damit auch ihre Tätigkeit.

#### Der verschärfte U-Boothrieg.

B. Z. B. Berlin, 5. Juni. (Amtlich.) In den Sperrgebieten um England sind vier Dampfer und zwei Segler versenkt worden, unter denen sich der bewaffnete eng

lische Dampfer „Widdler“ (7265 Tonnen) besaß. Größe, Namen und Ladungen der übrigen Schiffe konnten nicht festgestellt werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Osaka, 5. Juni. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus London, daß Kennedy Jones Journalisten gegenüber erklärt habe, England besitze eine Getreidereserve für 12 Wochen. Man hoffe daß diese Reserve bis zur neuen Ernte erhalten bleibe. Durch die neue Ernte werde eine Reserve für nochmals 12 Wochen verfügbar. Bei äußerster Sparsamkeit und ein Verbot, Getreide als Viehfutter zu verwenden, könnte man weitere 10 Wochen gewinnen. Wenn die Reserve sich so weiter verringere, daß sie nicht mehr für 7 Wochen ausreiche, dann würden lokale Hungernöte unvermeidlich. Jones sagte weiter, daß die Engländer im Mai in der Vernichtung von U-Booten einen Rekord erreicht hätten.

Von berufener Seite wird uns hierzu mitgeteilt: Die Behauptungen, daß wir große Verluste an U-Booten hätten, sind alt und pflegen immer dann aufzutreten, wenn die Wirkung des U-Bootskrieges gespürt wird, und das Bedürfnis vorliegt, die Öffentlichkeit zu beruhigen. Nach wie vor halten sich die Verluste der U-Boote durchaus unter der veranschlagten Höhe und werden durch Neubauten mehr ausgeglichen, so daß die Vergrößerung der U-Bootsflotte stetig und in beträchtlichem Maße fortgeschritten ist. (W.B.)

Amsterdam, 5. Juni. Die „Seelandlinie“ stellt, wie die Blätter erfahren, ihren Dampferdienst mit England wieder ein. (W.B.)

### Zweiter Tagesbericht vom 3. Juni.

W.L.B. Berlin, 4. Juni. (Amtlich.) Abends. Im Westfälischer Bogen hat sich nach ruhigem Morgen der Artilleriekampf am Nachmittag wieder zu bedeutender Höhe gesteigert.

Von den anderen Fronten ist bisher nichts Besonderes gemeldet.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bern, 5. Juni. „Journal de Genève“ schreibt bei der Besprechung der Lage in Russland u. a.: Nachdem bei den russischen Truppen in Frankreich Gärung, teilweise sogar Meuterei ausgebrochen war, drängte Kerenski, daß alle störenden Elemente erbarmungslos zu erschlagen seien. (W.B.)

London, 4. Juni. (W.L.B.) In Leeds hat eine Zusammenkunft von 1100 extremen Sozialisten stattgefunden, um die russische Revolution zu begrüßen. Eine Drachung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates wurde verlesen, in der es heißt, es sei klar, daß kein vernünftiger Schlag kommen werde und daß der Arbeiter- und Soldatenrat wünsche, die Aufmerksamkeit der Völker auf einen Frieden durch Verhandlungen zu lenken. Es wurde eine Entschließung angenommen, die die russische Revolution begrüßt, die Friedenspolitik „Seine Annexionen und seine Entschädigungen“ billigt und die Einrichtung eines Arbeiter- und Soldatenrates in England fordert.

### Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Aufruf des russischen Arbeiter- und Soldatenrates.

Petersburg, 4. Juni. (Pet. Tel.-Ag.) Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates veröffentlicht folgenden Aufruf an die sozialistischen Parteien und Hauptarbeiterverbände der Welt:

„Am 28. Mai richtete der Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf an die Völker der Welt, in dem er die europäischen Völker zu entscheidendem und gemeinsamem Vorgehen zugunsten des Friedens aufrief. Der Arbeiter- und Soldatenrat und mit ihm die ganze Demokratie haben auf ihr Banner einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen geschrieben, der auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht. Die russische Demokratie hat die erste vorläufige Regierung zur Anerkennung des Programms gezwungen und der ersten vorläufigen Regierung, wie dies die Ereignisse vom 3. und 5. Mai bezeugen haben, nicht gestattet, davon abzuweichen. Die zweite vorläufige Regierung stellte auf Drängen des Arbeiter- und Soldatenrates dieses Programm an die Spitze ihrer Erklärung.“

Am 9. Mai beschloß der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates, die Anregung zur Einberufung einer zwischenstaatlichen, sozialistischen Konferenz zu geben und am 15. Mai richtete der Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf an die Sozialisten aller Länder, in dem er sie zum gemeinsamen Kampf für den Frieden aufrief. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist der Ansicht, daß das Ende des Krieges und die Herstellung des Weltfriedens durch die gemeinsamen Interessen der Arbeitermassen und der gesamten Menschheit gebildet wird.

Dies kann die sozialistische Demokratie nur durch die vereinigten zwischenstaatlichen Bemühungen der Arbeiterparteien und Syndikate der kriegführenden und neutralen Länder im Interesse eines lauffähigen und zähen Kampfes gegen das allgemeine Gemetzel erreichen. Der erste notwendige und entscheidende Schritt zur Begründung einer zwischenstaatlichen Bewegung ist die Einberufung einer zwischenstaatlichen Konferenz, deren Hauptaufgabe es ist, eine Übereinstimmung zwischen den Vertretern des sozialistischen Proletariats hinsichtlich der politischen Abrechnung mit der „geheiligten“ Verbindung zwischen Regierung und imperialistischen Klassen zu erzielen. Eine zwischenstaatliche Übereinstimmung zur Abrechnung mit dieser Politik ist im Allgemeinen die notwendige Voraussetzung für die Organisation des Kampfes auf breiter und zwischenstaatlicher Grundlage. Die Einberufung der Konferenz wird ebenfalls gebieterisch von den gemeinsamen Lebensinteressen des Proletariats, wie aller Völker gefordert.

Die Parteien und Vereinigungen der Arbeiterklassen, die die Meinungen teilen und gewollt sind, ihre Bestrebungen zu vereinigen, um sie zu bewerkstelligen, werden vom Arbeiter- und Soldatenrat aufgefordert, an der von ihm einberufenen Konferenz teilzunehmen. Der Arbeiter- und Soldatenrat wünscht als Ort der Konferenz Stockholm und als Zeit der Zusammenberufung die Tage zwischen dem 28. Juni und dem 3. Juli.

Petersburg, 3. Juni. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Kongreß der Bauernabgeordneten hat einen Vollziehungsausschuß gewählt, der ausschließlich aus Sozialrevolutionären besteht, darunter Landwirtschaftsminister Tschernow, Frau Dreischko-Breischkowska u. Kerenski. Die Sozialdemokraten unterlagen vollständig. Der Arbeitsminister Stobelew erhielt nur 15, Goriki 8 und der Minister für Post und Telegraphen Zeretelli nur 6 Stimmen. Unter den unterlegenen Kandidaten erhielt Fürst Krapotkin die meisten Stimmen. (W.B.)

W.L.B. Hauptquartier-Ost, 5. Juni. (Amtlich.) Der Oberbefehlshaber Ost hat die Bildung eines litauischen Vertrauensrates genehmigt, der aus den angeesehensten Männern Litauens bestehen soll.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

W.L.B. Wien, 4. Juni. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

In den Karpaten wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Ostlich von Görz verfuhr der Feind mehrmals die vorgestern an uns verlorenen Gräben zurückzugewinnen. Alle Angriffe waren vergebens. Unsere Beute hat sich auf 11 Offiziere, 600 Mann und 9 Maschinengewehre erhöht. Auf dem Jassi Driv holten wir 350 Italiener aus den feindlichen Stellungen. Im Bereich von Jamiano ist die Kampftätigkeit wesentlich lebhafter geworden. Bei Arco in Südtirol wurde ein italienisches Wasserflugzeug abgeschossen.

Wie aus sehr vorläufigen Schätzungen erhellt, übertrafen die Verluste der Italiener in der 10. Monzoleschlacht alles, was der Feind in früheren Aufstürmen an Menschenleben und Volkskraft seiner Eroberungspolitik geopfert hat. Wir stellten im Laufe des 19-tägigen Ringens mindestens 35 italienische Divisionen in erster Linie fest. Es ist demnach gegen einen Frontabschnitt von 40 Kilometer Breite mindestens die Hälfte des gesamten italienischen Heeres Sturm gelaufen. Die Einbuße, die bei diesem Massensopfer der Angreifer an Toten und Verwundeten erlitt, übersteigt sicherlich 160 000 Mann, außerdem nahmen wir ihm 16 000 Gefangene ab, so daß sich italienischerseits (für den Gegner günstig gerechnet) ein Gesamtabsatz von 180 000 Mann ergibt. Diesem Verlust von 180 000 Mann steht für den Feind die Befestigung des Ankberges und des zum Trümmerhaufen zerfallenen Dorfes Jamiano als Raumgewinn gegenüber. Wenig genug für den Siegesjubel, der am 2. Jahrestag des Krieges Italien erfüllte! Der Erfolg ist unbestritten unser geblieben.

S. M. der Kaiser und König hat inmitten seiner braven Kämpfer einen Armeebefehl erlassen. Dieser Befehl wurde bereits heute früh von uns veröffentlicht.

#### Südlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.  
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:  
von Höfer, Feldmarschallleutnant.

### Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 5. Juni.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyd und des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

Mittags 12 Uhr 14 Min. traf Ihre Hoheit die verwitwete Erbprinzeßin Leopold von Anhalt, von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin am Bahnhof abgeholt, zum Besuch der Großherzoglichen Herrschaften hier ein.

Nachmittags folgte der Vortrag des Ministers Dr. Süßch.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Luise haben gnädigt geruht, für die U-Bootspende den Betrag von 3000 Mark zu geben.

### Außerordentliche Tagung der badischen Landstände.

9. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer vom 4. Juni 1917. (Vorläufiger Bericht.)

Die Zweite Kammer nahm heute nachmittags ihre Beratungen nach den Pfingstferien wieder auf und begann die Erörterung der Mittelstandsfragen.

Abg. Görlacher (Ztr.): Der Mittelstand hat ohne Zweifel unter dem langen Kriege sehr gelitten. Die Hauptfragen werden sein die Beschaffung von Arbeit, Barmitteln und Materialien. Die vom Staat, den Gemeinden und Kreisen aufgebracht Gelder sollen nicht vom Verwaltungshof, sondern den Kreisen überlassen werden. Die Mittelstandsorganisationen sollen diese Gelder unentgeltlich verwalten. Die Hauswirtschaftsgesellschaften sollen aus den Zügen ferngehalten werden. Das Handwerk braucht auch eine Neuorientierung. Die Gewerbevereine haben sich überlebt. Die Neuorientierung ist auch beim Handwerker selbst notwendig. Das Wort Submissionswesen muß aus der Gesetzesprache verschwinden. Der Handwerker muß sich hier selbst helfen.

Abg. Niederbühl (natl.): Die gesamte Presse befaßt sich heute mit Mittelstandsfragen. Die Handwerkskammern haben einen Bienenfleiß entwickelt; sie haben für Baden 13 Mill. M. Arbeiten heringebracht. Die Gewerbebetriebe haben sehr gelitten. 21 000 Betriebe wurden lahmgelegt. Sie müssen wieder lebensfähig gemacht

werden. Es soll denen geholfen werden, die einberufen wurden, oder durch den Krieg sonst in Not kamen. Die Geldhilfen sollen nicht zur Befriedigung von Gläubigern, sondern zur Reinerhaltung der Betriebe verwendet werden. Nach dem Vorbild der Vereinsbank Rastatt sollen die Kreditanstalten nicht nur Blanko, sondern auch Personalkredit gewähren. Um auch Hausbesitzern, die kein Gewerbe betreiben, helfen zu können, sollte das Sparkassengesetz abgeändert werden. Für die Mittelstandshilfe sind bis jetzt 6,4 Millionen gezeichnet, man darf erwarten, daß der Betrag auf 10 Millionen steigen wird. Wichtiger als die Geldbeschaffung ist die Versorgung mit Arbeit und Rohstoffen.

Abg. Geiß (Soz.): Görlicher und Niederbühl haben die Lehrlingsfrage berührt. Heute ist es schwer, Lehrlinge zu bekommen. Das liegt daran, daß in den Fabriken die Jungen vom ersten Tag an einen Lohn erhalten, beim Handwerker während der Lehrzeit aber nichts oder nur wenig. Dadurch sind viele Eltern heute nicht in der Lage, ihre Söhne in eine Lehrstelle zu tun. Dem Handwerker kann nur geholfen werden, wenn es sich modernisiert. Der Mittelstand ist am schwersten betroffen und zwar am meisten jene Kriegerfrauen, die nicht nur in Sorge leben um den Mann, sondern auch um das Heim und Geschäft. Sehr bedauerlich sei, daß die Hypothekengeber vielfach die Hypotheken kündigen und nur zu höherem Zinsfuß Hypotheken gewähren.

Abg. Odenwald (Z. B.): Durch den Krieg ist eine Anzahl von Mittelstandseigentzen in eine Lage gekommen, daß sie vor dem Zusammenbruch stehen, wenn ihnen nicht geholfen wird. Redner macht verschiedene Vorschläge und fordert u. a. eine staatliche Hypothekenbank. Mancher Handwerker, der aus dem Felde kommt, steht vor dem Nichts, während seine Kollegen sich reichen Verdienst erwerben. Unter diesen müßte ein förmlicher Wettbewerb stattfinden, ihren heimkehrenden Kollegen wieder zu einer Existenz zu verhelfen.

Abg. Banschbach (N. B.): Den vom Felde heimkehrenden Männern muß geholfen werden. Auch die Kleinmüller gehören zum Mittelstand. Zu beklagen ist, daß die Jugend mit dem vielen Geld nichts anzufangen weiß. Viel verspreche er sich für das Handwerk von der Einführung der Elektrizität und er freue sich über die Zusagen des Herrn Ministers für das Hinterland.

Minister des Innern Dr. Freiherr von Bodman schlägt sich der Anerkennung an, die dem Mittelstand, den Handwerkern und insbesondere deren Frauen gezollt wurde. Viele sind durch den Krieg in eine schwierige Lage gekommen, wenn es auch ihr Stolz ist, sich selbst zu helfen, so können sie doch ohne Hilfe nicht herauskommen. Deshalb muß alles zusammenstehen, um ihnen zu helfen. Die Hilfe muß nicht allein den Heimkehrenden zuteil werden, sondern allen und zwar möglichst rasch. Bei den Maßnahmen für den Mittelstand sind wir den Anregungen aus seiner Mitte gefolgt. Wenn die Million nicht ausreichen wird, soll das Werk an der Gefeuerndigkeit des Staates nicht scheitern. Der Lehrlingsfrage, insbesondere den türkischen Lehrlingen, wird die Regierung ihre Aufmerksamkeit schenken. Die schwierige Lage der Hausbesitzer ist ein Gegenstand unserer besonderen Sorge. Die Vorschläge Odenwalds sind beachtenswert.

Morgen 9 Uhr: Mittelstandsfragen und politische Erörterungen.

### 10. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer vom 5. Juni, vormittags. (Vorläufiger Bericht.)

Zu Beginn der Sitzung der Zweiten Kammer gab Präsident Rohrhurst eine Erklärung des Vertrauensmännerausschusses bekannt zu einem Artikel des Abg. Spang in der „Neuen Waldshut-St. Blasier Zeitung“, in welchem behauptet wird, der Seniorenkonvent habe unter Gewaltanwendung die Ernährungsgrörterungen hier beschränkt. Spang hätte gegen die Zusammensetzung des Ausschusses wie gegen seine Vorschläge Einwände erheben können, habe dies aber nicht getan. Der Ausschuh weist den Ton seiner Kritik zurück.

Hierauf wird in der Erörterung der Mittelstandsfragen fortgefahren.

Abg. Mast (Ztr.): Im Mittelstand fehle es an Materialien, Wirtschaftsmitteln und Arbeitskräften. Für den städtischen Hausbesitz muß etwas kräftiges geschehen, wenn keine schwere Katastrophe eintreten soll. Die Mittelstandsfürsorge muß in Zukunft auf eine breitere Basis gestellt werden.

Abg. Göhring (natl.) führt aus, dem Mittelstand werde nicht zu helfen sein, wenn sich die Regierung nicht mit aller Macht bestrebt, ihn mit Rohmaterial zu versorgen. Redner bittet, in der Frage des Zeitungspapiers der Presse beizustehen und der Fremdenindustrie die versprochenen Lebensmittel zuzuführen. Staat und Gemeinde hätten allen Grund, sich die größten und sichersten Steuerquellen im Hausbesitz zu erhalten.

Abg. Görlacher (Ztr.) erwidert kurz auf einige Bemerkungen zu seiner gestrigen Rede.

Abg. Herber (natl.): Die Elektrizität müsse in jede, auch in die kleinste Gemeinde kommen. Die Preise sind aber für die Kleinbetriebe noch zu hoch. Die Regierung sollte von ihrem Vertragsrecht Gebrauch machen und eine Herabsetzung der Preise herbeiführen.

Abg. Fischer (N. B.) bittet, den Handwerkerfrauen möglichst die Beihilfe zu gewähren und legt ein warmes Wort für die Geschäfte, denen der Kommunalverband den Geschäftsbetrieb abgenommen, und für die Wirte ein.

Abg. Beck (U. Soz.) legt gegenüber Niederbühl dar, was Hoch im Reichstag gewollt habe, nämlich eine Zusammenfassung der Kleinbetriebe in Großbetrieben. Auch er teile seinen Standpunkt.

Damit ist die Beratung über die Mittelstandshilfe beendet.

Die Petitionen des Verbandes badischer Grund- und Hausbesitzervereine betr. die Entschädigung von Fliegerbeschädigungen und des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen werden nach kurzen Ausführungen des Berichterstatters Abg. Rebmann durch die Verhandlungen und Beschlüsse in Kommission und Plenum als erledigt erklärt. Hierauf wird der Antrag der Kommission, zur Borentscheidung von Fliegerbeschädigungen reichlichere Mittel zur Verfügung zu stellen und die Verwendung der Kriegskredite für unbeanstandet zu erklären, einstimmig angenommen.

Alsdann berichtet Abg. Kopf (Ztr.) namens der Budgetkommission über den Gesetzentwurf betr. den Staatshaushaltsetat 1916/17. Die Kredite, die hier gefordert werden, sind die größten, die jemals im bad. Landtag angefordert wurden. Der Kriegskredit von 50 Mill. soll auf 150 Mill. erhöht werden. Zu Befürchtungen ist aber kein Anlaß, da das Reich die Summe in der Hauptsache ersehen wird. Der Berichterstatter gibt hierauf ein Bild der politischen Erörterungen, die sich in der Kommission an die Beratung des Gesetzentwurfs knüpfen, die im wesentlichen schon durch die Kommissionsberichte bekannt sind. Die Kommission beantragt, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Möge es der letzte Kriegskredit sein. Wenn wir aber noch einen Winterfeldzug bekommen, wird die badische Volksvertretung auch weiter die nötigen Mittel bewilligen.

Morgen vorm. 9 Uhr Fortsetzung.

\* Für die 4. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer vom Dienstag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr, ist folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Bekanntgabe der Einläufe. II. Berichte der Budgetkommission und Beratung über 1. die Petition des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen, Volksernährung betreffend, Berichterstatter: Oberbürgermeister Habermehl; 2. die Petition des Vereins badischer Wagenrevidenten und des badischen Eisenbahnerverbands um Erhöhung ihrer Einkommen, in Verbindung mit der Mitteilung der Grohß. Regierung über die Aufbesserung der Bezüge der Arbeiter, Bediensteten und Beamten, Berichterstatter: Geheimrat Dr. Glodner; 3. den Gesetzentwurf, Nachtrag zu dem Gesetze, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für die Jahre 1916 und 1917 betreffend, Berichterstatter: Geh. Kommerzienrat Koelle; 4. die Vergebung der

Druckarbeiten der Ersten Kammer für den außerordentlichen Landtag 1917, Berichterstatter: Freyherr von Güler.

## Denkt an die U-Boot-Spende!

**Sammelstellen: Sämtliche Postanstalten, Sparkassen, die durch Aushang bezeichneten Banken und sonstigen Annahmestellen, sowie die Expedition dieser Zeitung.**

oc. Gründung eines Bundes für deutsche Familie und Volkstraft. Hier hat sich ein Bund von Männern und Frauen zusammengefunden, die den Grund für die gegenwärtige sittliche Not unseres Volkes und besonders für den Niedergang des Familienlebens und der Volkstraft in der Herrschaft der materialistischen Weltanschauung erblicken. Der neugegründete „Bund für deutsche Familie und Volkstraft“ hat sich zur Aufgabe gestellt, gegen die materialistische Weltanschauung die idealistische auf allen Gebieten des geistigen, politischen und kulturellen Lebens wieder in Ansehen zu bringen und ihr in unserem Volke Macht zu verschaffen. Seine praktische Tätigkeit hat der Bund mit der Verbreitung der von Dr. Paull in Karlsruhe verfaßten ersten Druckschrift begonnen, die gegen die unerhörten Zustände auf dem Gebiete des geschlechtlichen Lebens ankämpft. Der Bund wird sich nicht mit der Verbreitung von Druckschriften begnügen, sondern sich bemühen, seine Anschauungen bei den gesetzgebenden Körperschaften und im gesellschaftlichen Leben zur Geltung zu bringen. Der Bund ist in erster Linie bestrebt, die verschiedenen deutsch gearteten idealistischen Geistesströmungen der Gegenwart miteinander in Fühlung zu bringen und einer noch weitgehenderen Zerküftung unseres Kulturlebens zu steuern.

Zum Eintritt in den Hauptvorstand haben sich zunächst eine Reihe angesehenere und führender Männer, vornehmlich Badens, bereit erklärt, und zwar unter anderen: Oberlandesgerichtsrat Dr. Bernauer-Karlsruhe, Prof. Dr. Dreiss-Karlsruhe, Geh. Oberregierungsrat Dr. Mayer als Vertreter des Grohß. Obrerrats der Israeliten, Domkapitular Dr. Müß als Vertreter des Erzbischofs, Ordinarius, Freiburg, Dr. med. Gern. Paull, Arzt und städt. Schularzt in Karlsruhe, Privatdozent Dr. Arnold Ruge an der Universität Heidelberg, Geh. Rat Franz Schmidt, Ministerialdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Oberkirchenrat Sprenger als Vertreter des Evang. Oberkirchenrats, Pfarrer Steinmann, Vertreter des Bad. Landesvereins für Innere Mission, in Durlach, Geh. Rat Dr. Weingärtner, Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, und Prälat Dr. Werthmann, Vorsitzender des Caritasverbandes für das kath. Deutschland. Den Vorsitz des Arbeitsausschusses führt Dr. Herm. Paull in

Karlsruhe, die Geschäftsstelle befindet sich in Heidelberg, Leiter derselben ist Dr. Arnold Ruge, Privatdozent für Philosophie an der Heidelberger Universität.

**W.F.W. Großes Hauptquartier, 5. Juni, vormittags. (Amtlich.)**

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
Die Lage an der flandrischen Front ist unverändert. Im Westschatebogen und in den Nachbarabschnitten steigerte sich seit Tagen die Artilleriebeschäftigung am Nachmittage zu äußerster Kraft und hält bis tief in die Nacht an. Zur Feststellung der feindlichen Feuerwirkung vorstehende Abteilungen sind stets zurückgewiesen worden.

Nähe der Rüste und zwischen La Bassée-Kanal und der Straße Vapaume—Cambrai war auch gestern an mehreren Stellen die Kampftätigkeit lebhaft; hier blieben gleichfalls Vorstöße für die Engländer ohne Ergebnis.

**Seeresgruppe deutscher Kronprinz.**  
Längs der Küste und in der westlichen Champagne hat stellenweise der Feuerkampf wieder zugenommen. Bei Bray wurden 2 nach sehr starker Vorbereitung durchgeführte nächtliche Angriffe unter schweren Verlusten für die Franzosen abgeschlagen. Südlich der Angriffsstelle holt ein eigener Sturmtrupp Gefangene aus den feindlichen Gräben.

**Seeresgruppe Herzog Albrecht.**  
Nichts Besonderes.  
Bei günstigen Wetterverhältnissen war an der ganzen Front bei Tage und bei Nacht die Fliegertätigkeit sehr reg.

In Luftkämpfen und durch Abwehreffener sind gestern 12 feindliche Flugzeuge abgeschossen worden, durch Artilleriefeuer ein Fesselballon. Leutnant Boh brachte den 32., Leutnant Schäfer den 30., Leutnant Almenröder den 24. Gegner durch Luftangriff zum Absturz.

**Mazedonische Front.**  
Außer Vorpostengeplänkel keine wesentlichen Ereignisse.

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den redaktionellen Teil:  
Chefredakteur C. A. Menck in Karlsruhe.

## Bekanntmachung.

Der Staatsanzeiger und das Amtliche Verkündungsblatt veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königl. stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armee-Korps vom 25. Mai 1917 Nr. W. III 2120/5. 17. K.R.A., enthaltend einen Nachtrag zu der Bekanntmachung über Höchstpreise für Spinnpapier aller Art, sowie für einfache, gezwirnte oder gestrichelte Papiergarne, welche mit anderen Fasertoffen nicht vermischt sind. Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Grohß. Bezirksamt sowie den Bürgermeistern eingelesen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 2. Juni 1917.

Grohß. Bezirksamt.

**Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit**  
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Die Mitglieder der Anstalt werden zu der **Montag, den 25. Juni 1917, vormittags 11 Uhr,** im Anstaltsgebäude zu Karlsruhe stattfindenden

**Ordentlichen Generalversammlung** ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Abnahme des Rechenschaftsberichts für 1916.
2. Erneuerungs- und Ersatzwahl zum Ausschuss.

Gemäß § 12 Absatz 1 der Satzung muß die Teilnahme an der Generalversammlung spätestens 48 Stunden vor Beginn der Generalversammlung bei dem Vorstand angemeldet sein. Auf Grund der Anmeldung werden Eintrittskarten auszugeben. In der Versammlung ist die Eintrittskarte als Ausweis erforderlich und genügend.

In der Wahl zu Ziffer 2 der Tagesordnung können sich nach § 16 Absatz 2 der Satzung die nicht in Karlsruhe wohnenden Mitglieder auch durch Einsendung eines Stimmzettels beteiligen, ohne an der Generalversammlung selbst teilnehmen zu müssen. Der Stimmzettel muß in einem verschlossenen, mit beglaubigter Namensaufschrift des Wählers und der Nummer seiner Versicherungsurkunde versehenen Umschlag spätestens 48 Stunden vor Beginn der Generalversammlung bei der Anstalt eingegangen sein. Die Beglaubigung der Namensaufschrift kann durch eine siegelführende Behörde oder durch einen Vertreter oder Außenbeamten der Anstalt erfolgen.

Karlsruhe, den 2. Juni 1917.

Der Vorstand:  
Stimmig.

**Tüchtige sozial geschulte Hilfskräfte**

für städtische und private Wohlfahrtseinrichtungen finden Sie durch eine Anzeige in den **Blättern für soziale Arbeit**

Geschäftsstelle: Karlsruhe  
Karl-Friedrich-Strasse 14

G. Braunische Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe

## Die neue Nadelarbeit in der Volksschule

Mitteilungen aus mehrjähriger Praxis

von

**Anna Mundorf**

Leiterin des Handarbeitsunterrichts an den Volksschulen der Stadt Köln

Mit zahlreichen Abbildungen von Frau Kopp-Römhidt

Sieben Hefte (2. bis 8. Schuljahr)

Bis jetzt erschienen:

Heft I (2. Schuljahr) Preis M 1.80

„ II (3. „ ) „ „ 1.60

„ III (4. „ ) „ „ 2.—

„Mit großer Klarheit und zielbewusstem Verständnis ist hier eine praktische Durchführung der Forderungen vom Aug. 1908 festgelegt. Diese Festlegung hält sich streng im Rahmen der Volksschule und bietet dennoch, oder gerade deshalb eine wahre Fundgrube für Schulen aller Gattungen, die in das Wesen der neuen Unterrichtsmethode und ihrer veränderten Lehraufgaben eindringen wollen. Die sichere Methodik, die aus dem vollen Leben gegriffene Auswahl der Lehraufgaben, die geschmackvolle, mit reizenden Zeichnungen versehene Ausstattung des Werkes machen es dem pädagogischen, praktischen und ästhetischen Urteil gleich erfreulich. Ein solches Buch gehört nicht nur in die Hand der Anfängerin! Es ist eine wahre Erquickung für jede Lehrerin, die junge Hände die Nadel führen lehrt, sei es nun die Mutter, die Fachlehrerin oder die Kunstgewerblin. In seiner vornehmen Einfachheit und Anspruchslosigkeit erscheint es als eine Grundlage für jede Art von handarbeitlicher Unterweisung und sei auf das wärmste und uneingeschränkt zur Anschaffung empfohlen.

Ein untrüglicher Wegweiser im besonderen mag es aber der jungen Lehrerin werden, in deren Hand keines der noch kommenden Hefte fehlen sollte.“

„Monatschr. f. kath. Lehrerinnen“ Sept. 1916

.. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und auch vom Verlag ..

## Bürgerliche Rechtsplege.

### a. Streitige Gerichtsbarkeit.

B.9. Ettlingen. In dem Konkursverfahren des verstorbenen Wäckermeisters Gustav Rastätter, zuletzt in Ettlingen wohnhaft, soll die Schlussrechnung erfolgen. Hierzu sind verfügbar 118 M. und entfallen hiervon auf die bevorrechtigten Forderungen 45 M. und auf die nicht bevorrechtigten 73 M. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Grohß. Amtsgerichts offen. Ettlingen, 4. Juni 1917.

Der Verwalter:  
A. Limberger.

### 2 Ratsschreibergehilfen gesucht.

Die Gemeinde Friedrichsfeld sucht zum alsbaldigen Eintritt 2 Ratsschreibergehilfen. E.31 Bewerber wollen sich alsbald unter Angabe der Gehaltsansprüche und Vorlage von Zeugnissen beim hiesigen Bürgermeisteramt schriftlich melden. Friedrichsfeld (Baden), 4. Juni 1917.

Bürgermeisteramt:  
Dehous.

### Kanzleigehilfe gesucht.

Fertigkeit im Maschinenschreiben erwünscht. Auch für gebildete weibliche Kraft offen. Ettenheim, 4. Juni 1917. Grohß. Bezirksamt.

Bei diesseitigem Bezirksamt ist auf 19. Juni 1917. eine

### Kanzleigehilfenstelle

mit der üblichen Jahresvergütung durch einen Anwärter für den mittleren Verwaltungsdienst (Aktuar oder Inspektor) zu besetzen. Gesuche wollen umgehend eingereicht werden. B.10 Weinheim, 4. Juni 1917. Grohß. Bezirksamt.

### Brennholzverkauf.

Aus den schifferschaftlichen Waldstrichen Schramberghalde, Hornwald, Schönminz, Langenbach und Steingrund werden am Samstag, den 16. d. M. in der Azone zu Forbach, vormittags 9.10 Uhr beginnend, öffentlich versteigert: 772 Ster buch. Scheitholz, 244 Ster buch. u. 5 Ster erlen. Bügelholz sowie 363 Ster buch. Kohlholz. Nähere Auskunft erteilt der Unterversteiger. B.4.21 Forbach (Bad.), 4. Juni 1917. Stephan, Oberförster.

## Westdeutsch-Südwestdeutscher Güterverkehr.

Mit Wirkung vom 1. August 1917 werden folgende Ausnahmetarife ohne Ersatz aufgehoben:

1. Ausnahmetarif 6k für Steinföhrerbricitts des Tarifhefts 1 für den Versand von Düsseldorf Hafen und Lüttringhausen.
2. Ausnahmetarif 9 für Eisen und Stahl der Spezialtarife I und II der Tarife 1 und 5 für den Verkehr von den Eisenbahnstationen der nördlichen Endbahnen nach d. deutsch-schweizer Übergangstationen und verschiedenen badischen Binnenstationen.
3. Ausnahmetarif 9b für Dynamitbleche der Tarife 1 und 5 für den Verkehr von verschiedenen Eisenbahnstationen der nördlichen Endbahnen nach verschiedenen südbadischen Bedarfsorten. B.11
4. Ausnahmetarif 9c für Eisen und Stahl wie im Spezialtarif II unter Ziffer 2 und 12 genannt, der Tarife 1 und 5 für den Verkehr von verschiedenen Eisenbahnstationen der nördlichen Endbahnen nach verschiedenen südbadischen Bedarfsorten. B.11

Vom 1. August d. J. an werden deshalb abgefertigt:

- a) Steinföhrerbricitts von Düsseldorf Hafen u. Lüttringhausen zu den höheren Frachttarifen des Spezialtarifs III.
- b) Eisenendungen für den Verkehr der unter 2 bis 4 genannten Verbindungen zu den höheren Frachttarifen der ordentlichen Tarifiklassen (Spezialtarife I u. II).

Karlsruhe, 3. Juni 1917.

Grohß. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.

## Österr.-Ung.-Schweiz Güterverkehr.

Auf 1. Juni 1917 ist der Teil I B, enthaltend die Allgem. Tarifvorschriften und Güterklassifikation neu ausgeben worden. Der neue Tarif findet auch Anwendung für den Verkehr zwischen den österr.-ung. Stationen einerseits und unseren Stationen Basel, Konstanz, Schaffhausen und Singen (Söbentri) andererseits. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-bureau. B.1

Karlsruhe, 4. Juni 1917.

Grohß. Generaldirektion der Staatsbahnen.